

Das Ziel muß sein: Erhaltung des Geldwerts und Wachstum der Wirtschaft

Die Bank der Heilberufe nimmt Stellung zur ökonomischen Lage

Walter Schlenkenbrock

Ein bedeutender Mann hat einmal gesagt: „Der Mensch hat zu jeder Zeit die Gegenwart als Krise empfunden.“ Dies ist sicher richtig.

Und darum sollte man sich auch nie von Ängsten, sondern von der Vernunft leiten lassen. Die Frage ist nur: Hat man Vernunft immer als oberstes Gebot in den wirtschaftlichen Entscheidungen des Jahres 1973 walten lassen?

Wenn man rein von *Aussagen* ausgeht, muß man die Frage mit „ja“ beantworten.

Brandt warnte noch als Bundeskanzler vor zweistelligen Tarifabschlüssen. Wirtschaftsminister Friederichs: Der Punkt ist erreicht, an dem es um den Bestand unserer Wirtschaftsordnung geht. Helmut Schmidt: Stabilität ist für mich gleichzeitig Stabilität des politischen Prozesses. Und zum Schluß unser oberster Währungshüter, Karl Klasen: Mit der Inflation leben, bedeutet für unser Wirtschaftssystem mit der Inflation untergehen.

Die Aussagen der Verantwortlichen könnte jeder von uns vorbehaltlos unterschreiben.

Wenn es allerdings um die *Verwirklichung* dieser Erkenntnisse geht, so ist man versucht, Goethe anzurufen, der einmal sagte: Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehn.

Die Grenzen des Wirtschaftswachstums

1973 sind die Grenzen des Wachstums unserer Volkswirtschaft erkennbar geworden. Der Glaube an ein ungebrochenes Wirtschaftswachstum hat sich durch die Realität als Illusion erwiesen: Die Verbraucherpreise stiegen, die Zahl der Arbeitslosen ist für deutsche Verhältnisse hoch, und die Menge an Gütern und Diensten, die unsere Wirtschaft produziert, stagniert im Verhältnis zur Einkommensentwicklung.

Was nützt es, wenn die Grenzen unserer Wirtschaft immer wieder in Mark und Pfennig ausgerechnet werden, es gleichzeitig aber nicht gelingt, die Ansprüche in diesen Grenzen zu halten; was bedeutet: eine ständige Überforderung des Bruttosozialproduktes, mit dem Ergebnis: Die Inflation bleibt uns erhalten.

Wenn dem so ist, erhebt sich doch die Frage: Wer trägt nun die Verantwortung? Ist es der Staat, der sich im Eifer seiner öffentlichen Programme zuviel vornimmt; oder sind es die Unternehmer, die zu viel investieren; oder sind es die privaten Haushalte, die zu viel konsumieren; oder ist es schließlich das Ausland, das preiswerte Inlandsprodukte wegkauft, wodurch dann überdimensionale Außenüberschüsse entstehen.

Eine verständliche Analyse der wirtschaftlichen Lage und die Konsequenzen, die sich daraus für die Geldanlage ziehen lassen, brachte der Bericht des Vorstandes der Deutschen Apotheker- und Ärztebank über das Geschäftsjahr 1973. Darauf beruht der folgende Beitrag. Er geht auch auf einige weitere nach wie vor aktuelle Fragen wie den Fall Herstatt und die Forderungen nach Verstaatlichung der Banken ein.

▷ Von welchen dieser Sektoren auch immer die Übernachfrage ausgeht, sie ließe sich sicher korrigieren. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Stabilität ist eben nicht nur ein Modewort, Stabilität ist die Voraussetzung für mehr reales Wachstum und damit auch ein Mehr an materiellem Wohlstand.

Die schlimmen Erfahrungen des Jahres 1973/74

Wie schwer wir uns jedoch in der Verwirklichung dieser Zielsetzung tun, zeigt deutlich das Jahr 1973. — Die Bundesbank verschärfte Zug um Zug ihre Restriktionspolitik durch stufenweise Anhebung des Diskont- und Lombardsatzes, drastische Erhöhung der Mindestreserve und Außerkraftsetzen der Lombard- und Rediskontmöglichkeiten. Der Dollar wurde abgewertet, die DM aufgewertet. Die außenwirtschaftlichen Flanken wurden durch Einführung von Kapitalverkehrskontrollen abgesichert, d. h. der Erwerb von Wertpapieren durch Ausländer wurde unter Genehmigungspflicht gestellt. Soweit die monetären Maßnahmen der Bundesbank.

Wie sah es dagegen mit dem stabilitätsgerechten Verhalten der öffentlichen Hand und der Tarifpartner aus? Die Bundesregierung verordnete ein Stabilitätsprogramm. ▷

Es würde sicher zu weit führen, alle 21 Programmpunkte aufzuzählen. Die einschneidenden Maßnahmen waren: die 10prozentige Stabilitätsabgabe auf die Einkommensteuerschuld, die Einführung einer Investitionssteuer von 11 Prozent und die zeitweise Aussetzung der degressiven Abschreibung und der Vergünstigungen nach § 7 b Einkommensteuergesetz.

▷ Noch bevor jedoch eindeutige Indikatoren über die Auswirkungen des Stabilitätsprogramms auf den Inflationstrend vorlagen, wurden die meisten Maßnahmen kurzfristig wieder aufgehoben. Auslösende Faktoren waren die Energiekrise und die weit über dem Produktivitätsfortschritt liegenden Lohnforderungen; allen voran der unververtretbar hohe Tarifabschluß im öffentlichen Dienst.

Die Inflation stellt für *alle* den persönlichen und wirtschaftlichen Besitzstand in Frage, sie gefährdet die Arbeitsplätze und macht die Erhaltung und Verbesserung unserer Lebensqualität unmöglich. Auf eine Formel gebracht: Die Inflation ist ungerecht und unsozial.

Jeder, der einmal Soldat gewesen ist, weiß, wie schwer es manchem fällt, mit dem richtigen Fuß loszumarschieren. Zu denen, die nichts vom Schritthalten kennen, gehört offenbar die *Gefälligkeitsdemokratie*, die jedem etwas kräftiger auftretenden Angestellten eine Vorzimmerdame bewilligt, einem mißvergnügten Arbeiter die Unkündbarkeit beschert und den pünktlichen Beamten in den nächsthöheren Dienstgrad befördert.

Dabei ist doch nicht zu verkennen, daß gerade der Staat über Mittel verfügt, die das geldpolitische Instrumentarium weit übertreffen. Niemand besitzt doch soviel Eingriffsmöglichkeit in den Gang allen Wirtschaftens wie der Staat: Er hält die größten Beteiligungen; er vergibt die größten Aufträge; er besitzt, wenn es darauf ankommt, die meisten Banken; er subventioniert; er initiiert und er kassiert – und nicht wenig – Steuern.

Geldwerterhaltung und Wirtschaftswachstum – gemeinsames Ziel?

Staat und Wirtschaft werden immer aus unterschiedlichen Perspektiven heraus in der Anschauung über Methodik, Mittel und Zeitpunkt für bestimmte Maßnahmen verschiedener Auffassung sein. Volle Identität der Interessen von Staat und Wirtschaft wird es nie geben, aber man sollte sich doch wenigstens über das gemeinsame Ziel einig sein: Geldwerterhaltung und Wirtschaftswachstum.

Die Masse der Geldanleger: entmutigt oder unsicher

Selbst „Banker“ können sich nur dunkel an Zeiten erinnern, in denen die Masse der Geldanleger so entmutigt und unsicher war, wie sie es heute ist.

Beispielsweise: Die Goldhause ist doch ohne die panikartigen Käufe vieler tausend privater Anleger gar nicht zu erklären. Manches Kreditinstitut hatte Mühe, Goldbarren und -münzen so schnell herbeizuschaffen, wie sie verlangt wurden.

Auch häuften sich die Rückgriffe vor allem auf Sparkonten, nicht zuletzt deshalb, weil Sparen nicht auf der Höhe der Zeit zu sein schien. Sparer, denen der Sparzins zu gering erschien, suchten zum Teil ihr Heil in höher verzinslichen Rentenwerten, mußten aber schon bald erkennen, daß hinter dem hohen Zins auch noch ein Kursrisiko steht. Die Stabilitätsanleihe, gerade vor einem Jahr auf den Markt gebracht und mit einem Zinssatz von 8,5 Prozent ausgestattet, wurde plötzlich an der Börse bei 90 Prozent notiert. Selbst Anleger, die in Zehnprozenter einstiegen, mußten Kurseinbußen hinnehmen.

Auch engagierte Aktienfreunde haben in den letzten Monaten nichts verdient – eher noch verloren. Es nimmt daher nicht wunder, daß sich viele 1973 bis in die ersten Monate dieses Jahres hinein wegen der hohen Zinsen auf Termin-

geldanlagen stürzten. Aber auch dieser Anlagetyp ist nicht für *langfristige* Überlegungen geschaffen. Und das Berauschen an zweistelligen Zinssätzen hat ja zumindest ein vorläufiges Ende gefunden.

Die Geldanlage ist zu einem Puzzlespiel geworden. Daraus mag zu ersehen sein, wie schwierig die Ratgebung für eine sichere, ertragbringende Anlage geworden ist.

Aus diesem Grunde haben wir den Versuch unternommen, beispielsweise das Sparen bei unserer Bank attraktiver zu gestalten. Wenn auch noch keine hinreichenden Erfahrungen vorliegen, so kann man aber doch sagen, daß mit unserem 9,5 Prozenter, der eine Zinssteigerung auf 10,5 Prozent ermöglicht und selbst bei niedrigstem Zinsniveau eine Zinsgarantie von 7 Prozent einschließt, eine Anlageform geschaffen wurde, die eine gute langfristige Verzinsung ohne Kursrisiko garantiert.

Aus derselben Überlegung haben wir, insbesondere auch wegen des unverminderten Anlagebedarfs der Heilberufe zur Altersvorsorge, unser Eigentumswohnungsprogramm, allerdings in Anpassung an die veränderten Marktverhältnisse, mit unserer Vertragsgesellschaft, der Gebau AG, weitergeführt. Gerade in einer Phase sich verstärkender Inflationstendenz und steigender Steuerbelastungen halten wir dies für eine richtige Entscheidung. Immobilienanlagen, das wissen auch wir, können heute nicht mehr rein unter Renditegesichtspunkten gesehen werden. Eine von Lage und Ausstattung sowie im Preis angemessene Immobilienanlage wird ungeachtet dessen ihren hohen Stellenwert immer unter dem Gesichtspunkt der Werterhaltung und Wertsteigerung behalten . . .

● Wird fortgesetzt

Anschrift des Verfassers:
Bankdirektor
Diplom-Volkswirt
Walter Schlenkenbrock
4 Düsseldorf 1
Heinrich-Heine-Allee 6